

diesem Konflikt zu *ihren* Gunsten zu profilieren. Ihr Spielraum innerhalb der Koalition ist – noch keine zwei Jahre nach dem Wechsel von der SPD zur Union – zwangsläufig klein. Dazu kommen *Personalsorgen* (die durch *Martin Bangemann* kaum behoben sein dürften) und *programmatische Unsicherheiten*. Schließlich macht es der FDP zu schaffen, daß sie von den anderen Parteien – mit Ausnahme der CDU – kaum mehr als demokratischer Partner wahrgenommen, geschweige denn ernst genommen wird. Alles zusammen läßt in der Öffentlichkeit das Gefühl aufkommen, mit der FDP sei es endgültig vorbei.

Außer den aktuellen politischen Konstellationen sind es langfristige „geistespolitische“ Entwicklungen, die der FDP ihre jetzigen Existenzsorgen beschert haben. Je mehr in die Gesellschafts- und Rechtsordnung sowie in die Programmatik der anderen Parteien liberales Gedankengut eingegangen ist, desto schwieriger muß es für eine liberale Partei werden, ihre Unverzichtbarkeit zu demonstrieren. Die nun seit Jahren verwendete emphatische Selbstbezeichnung „die Liberalen“ dokumentiert eher eine Unsicherheit, als daß sie sie beseitigt.

Das Ende der FDP herbeizuwünschen, wäre aus einer Reihe von Gründen kurzfristig. Die Existenz der FDP ist der gesellschaftlichen und politischen Stabilität der Bundesrepublik nicht schlecht bekommen. Sie hat Kontinuität und Wandel zwar nicht allein bewirkt, aber doch entscheidend mit ermöglicht. Ein Ausfall der FDP bei gleichzeitigem weiteren Zuwachs der Grünen würde auf Jahre hinaus auf vielen Ebenen die Bildung von entscheidungsfähigen Mehrheiten erschweren. CDU und CSU würden noch mehr als bisher zu liberalen Parteien, die Konturen, die sich eigentlich aus dem „C“ ergeben sollten, würden möglicherweise vollends verschwimmen. Schließlich ist für die Liberalität und Offenheit eines Gemeinwesens doch vielleicht auch in Zukunft wichtig, daß es eine prononciert liberale Partei gibt. *Kurt Sontheimers* Satz „Liberalismus ohne entsprechende Organisation ist wie ein Christ ohne Ge-

meinde“ ist zumindest überlegenswert. Was liberale Politik heute zu sein hat, müßte freilich zunächst die FDP selber sagen und personell überzeugend darstellen können. ko

Ungebetene Gäste

Der unvorhergesehene Zutritt von Priestern zur Begegnung Papst Johannes Pauls II. mit Vertretern des Schweizer Klerus (HK, Juli 1984, 332) war keine spontane, sondern eine gut geplante Aktion, deren Einzelheiten die Schweizer Bischofskonferenz abzuklären in Aussicht gestellt hat. Von der Bischofskonferenz war diese Begegnung in Absprache mit Johannes Paul II., der an sich ein großes offenes Treffen vorgezogen hätte, als Gesprächskreis von gewählten Vertretern des Klerus angelegt und sorgfältig vorbereitet worden. Nach entsprechenden Vorarbeiten in den diözesanen Priesterräten wurde die Begegnung mit dem Papst im Rahmen einer Studientagung der Kommission Bischöfe-Priester von 6 Bischöfen und 31 Priestern inhaltlich vorbesprochen, vor allem die Nöte und Sorgen der Priester namhaft gemacht, die ihre Sprecher dem Papst vorlegen sollten. Nun scheint das *Opus Dei*, dem in der Schweiz etwa 10 Priester angehören, durch seine Verbindungen zum Staatssekretariat unter Mitwirkung des Apostolischen Nuntius, dem die Fragen des Schweizer Klerus an seine Amtsführung mißfallen mußten, zum voraus die Zusicherung erhalten zu haben, daß *alle Priester* zur Begegnung zugelassen würden. Aufgrund dieser Zusicherung meldeten Verantwortliche des *Opus Dei*, aber auch der Apostolische Nuntius, ohne Wissen der Bischofskonferenz einem ausgewählten Kreis von Priestern, sie seien zur Begegnung mit dem Papst eingeladen; taktisch sehr geschickt wurde diese Meldung erst am Vortag der Begegnung, also mitten im Papstbesuch, der die Bischöfe voll beanspruchte, ausgeben. So kam es, daß zu den 100 bis

120 gewählten bzw. delegierten Priestern eine etwa gleich große Gruppe von Priestern, die von der Bischofskonferenz nicht eingeladen waren, Zutritt erhielt. Priester aus dieser Gruppe äußerten dann ihr Mißfallen am Votum des deutschsprachigen Sprechers mit Buh-Rufen.

Der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz erklärte auf der Pressekonferenz im Anschluß an den Papstbesuch, daß mit diesem Vorgehen die zuständige Bischofskonferenz klar *umgangen* worden sei. Von der Römischen Kurie aus scheint dieses Vorgehen hingegen als ein normaler Vorgang betrachtet zu werden, wandte sich der Papst in seiner Rede doch ausdrücklich an die Priester, „die ihr von euren Mitbrüdern entsandt oder spontan hierher gekommen seid“.

Von Kennern der Verhältnisse wird angenommen, das *Opus Dei* habe so zahlreiche und vorab dem Fokolare angehörende Priester vor allem deshalb in die Aktion einbezogen, um für sich selber ein entsprechendes Umfeld zu haben. Priester, die nicht eingeladen wurden und die an der Begegnung gerne teilgenommen hätten, mußten diese Auswahl verständlicherweise als eine Beleidigung der „gewöhnlichen“ Priester empfinden. Als geradezu ungehörig wurde die Mißfallenskundgebung durch Buh-Rufe empfunden.

Dieser Vorgang brachte aber auch zutage, daß im Schweizer Klerus *Polarisierungen* vorhanden sind, die schon verschiedentlich zu Konflikten geführt hatten, die aber als Einzelfälle behandelt wurden, so daß der Papstbesuch sie nun als *unbewältigtes Problem* unübersehbar gemacht hat. Dabei gibt es aber große regionale Unterschiede. Im Bistum Basel beispielsweise sind die Fokolare-Priester im Klerus so gut integriert, daß sie im diözesanen Priesterrat sogar übervertreten sind, und zwar nicht als Fokolare-Vertreter, sondern als vom Klerus Gewählte. Das Problem scheint sich vor allem im Bistum Chur und hier wiederum vor allem in Zürich zuzuspitzen; in Zürich hatte die Tätigkeit des *Opus Dei* denn auch schon zu Konflikten in der Mittelschulseelsorge geführt, die sogar im kantonalen Parlament zur Sprache kamen. we